

«Bundesrat agiert blind»

Rahmenabkommen Ständerat Paul Rechsteiner vermisst im wichtigen EU-Dossier Führung und eine klare Strategie der Regierung.

Interview: Anna Wanner, Doris Kleck

SP-Chef Christian Levrat lehnte das Rahmenabkommen im Dezember ab, jetzt sagt er «Ja, aber». Enttäuscht Sie der Wandel?
Paul Rechsteiner: Ich will hier nicht meine Partei beurteilen. Ich bin aber höchst besorgt über die Blindheit und Orientierungslosigkeit der schweizerischen Politik in Bezug auf die EU.

Das klingt dramatisch.
Die Situation ist dramatisch. Bundesrat und Parteien sehen die grösseren Zusammenhänge nicht. Die Diskussion der letzten Monate dreht sich alleine um ein Rahmenabkommen. Dies steht in krastem Kontrast zur realen Agenda: Wir stimmen in zirka einem Jahr über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Ein Ja könnte den endgültigen Bruch mit der EU bedeuten. Denn das Herzstück der bilateralen Verträge, die Personenfreizügigkeit, würde befristet. Dies käme einem Schweizer Brexit gleich. In dieser Perspektive ist es erschreckend, wie orientierungslos und blind die Schweizer Politik agiert.

Sie übersteigern die Bedeutung der Kündigungsinitiative. Ausser der SVP sind alle Parteien dagegen, die Zuwanderung hat stark abgenommen.

Wer dieses Land kennt, kann nicht überschätzen, was jetzt gerade passiert. 2013 ist nicht lange her. Im Vorfeld der Masseneinwanderungsinitiative haben Wirtschaftsverbände und Politik die Gefahr heruntergespielt: Die Abstimmung sei gewonnen, sie brauchten die Gewerkschaften nicht, die Umfragen liessen keine Zweifel offen. Auch die federführenden Bundesräte waren dieser Meinung. Die Wirtschaftsverbände und die politischen Akteure täuschten das Flasko war komplett. Am 10. Februar 2014, dem Tag nach der Abstimmung, dämmerte es allen: Der bilaterale Weg war am Ende.

Der bilaterale Weg lebt.
Am Tag nach der Abstimmung sah das anders aus. Bundesrat und Wirtschaftsverbände schlugen Kontingente vor, die sich nicht mit der Personenfreizügigkeit vertrugen. Der Bundesrat schaffte es nicht, eine gescheite und kohärente Politik gegenüber der EU zu formulieren. Erst der Ständerat fand mit dem Arbeitslosenverbot auf der Basis eines Vorschlags des Gewerkschaftsbunds eine

Lösung, die mit den Bilateralen vereinbar war. Das war Politik in extremis! An der Ausgangslage hat sich bis heute nicht viel geändert. Die Zuwanderungsbeschränkung bleibt ein heisses Thema. Nun steht der Entscheid «alles oder nichts» bevor. Deshalb ist die Diskussion um eine Schwächung des Lohnschutzes grob fähig und verantwortunglos.

Es geht also um den Lohnschutz?
Wie wichtig der Lohnschutz ist, kann man nur erfassen, wenn man sich auf dem Terrain bewegt. Im Bundeshaus ist der Einfluss der Wirtschaft riesig, aber an der Urne entscheiden der Schreiber, die Verkäuferin und die Pflegerin. Dass die Personenfreizügigkeit auch für Arbeiter im unteren Lohnsegment funktioniert, ist ausschliesslich dem gut ausgebauten Lohnschutz zusammen mit Gesamtarbeitsverträgen zu verdanken. Ich habe die Niederlagen erlebt, 1992 der EWK und 2014 die Masseneinwanderungsinitiative, vor unterschätzt, was auf uns zukommt, der spielt mit dem Feuer.

Die flankierenden Massnahmen schützen die Löhne. Es gibt aber auch andere Instrumente dafür.

Der Lohnschutz liesse sich verbessern. Die Gewerkschaften haben viele Wünsche offen, etwa einen flächendeckenden Mindestlohn. Doch sind die Kontrollen in den Betrieben elementar. Die flankierenden Massnahmen funktionieren, das zeigt die hohe Verstoßquote: Fast 25 Prozent der Kontrollen decken Verstöße auf. Weil nun die EU in den letzten Jahren den Markt zugunsten vor den Lohnschutz gestellt hat, sind die Kontrollen und damit das Rückgrat des Lohnschutzes in Gefahr. Dies vor allem dann, wenn die federführenden Bundesräte selbst die flankierenden Massnahmen angehen. Es gibt FDP-Kreise, denen der Lohnschutz nicht passt.

Die FDP sagt Ja zum Abkommen, um den Lohnschutz zu schwächen?

Ich stelle eine hohe Nervosität unter den Parteien fest. Die FDP hat die Economiesuisse Position übernommen – obwohl diese verbände schlugen fälschlich ein eingeschätzt hatte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Gewerkschaften der FDP etwas mit dieser Positionierung anfangen kann.

Löhne liessen sich über andere Massnahmen schützen. Kontrollen auch für Schweizer Firmen, einfachere

Ständerat hält Türe offen

Unterschriftsverbot Der Ständerat hält die Türe offen für eine Einigung mit der EU. Er hat gestern eine Motion des Schaffhauser Ständerats Thomas Minder (parteilos) mit 34 zu 5 Stimmen abgelehnt. Minder wollte dem Bundesrat verbieten, das Institutionelle Abkommen (Insta) zu unterzeichnen. Er sieht im Abkommen einen Schritt Richtung EU-Mitgliedschaft, inklusive souveränitätsverlust und unwiderrufbare Rechtsentwicklung. Die dynamische Rechtsübernahme sei für die Schweiz ein

«Super-GAU», so Minder. Behalten Vorbehalten gegen das Abkommen hielt die grosse Mehrheit des Ständerats Minder Forderung für falsch. Das Insta befindet sich noch nicht einmal in der parlamentarischen Beratung, sagte Damian Müller (FDP/UD). Man dürfe auch nicht nur das Insta in der Stuppe stehen, sondern müsse das ganze Ganze sehen. Wer arm sei, werde auch nicht souverän sein. Aussemmister Ignazio Cassis mahnte ebenfalls zu Geduld. Derzeit seien die Aussprachen im Gang. (sda)



SP-Ständerat Paul Rechsteiner im Restaurant Galerie des Alpes im Bundeshaus.

Bild: Sandra Ardizzone (Birn, 26. April 2018)

Allgemeinverbindlichkeitsklärung von Gesamtarbeitsverträgen.
Es ist ja ganz rührend! All diese Vorschläge gehören zu den Klassikern unter den gewerkschaftlichen Forderungen. Aber ohne unser wirksames Kontrollsystem funktioniert der Lohnschutz nicht. Schon heute werden auch Schweizer Firmen kontrolliert! Viele verstehen nicht, wie unser sensationelles System funktioniert.

Das müsste doch ein Steilpass sein, die vielen Wünsche umzusetzen.
Es ist gut, wenn Verbesserungen realisiert werden. Aber ich bin nicht mehr Gewerkschaftspräsident.

Was macht der Bundesrat falsch?
Wer Verhandlungen führt, muss immer auch die Lage der Gegenseite bedenken. In einer Situation, da der Brexit alles überschattet, kann die Schweiz gar kein gutes Verhandlungsergebnis erzielen. Solange der Brexit nicht entschieden ist, kann die EU keinen Vorschlag präsentieren, der der Schweiz entgegenkommt.

Was ist zu tun?
Es wäre dringend nötig, dass die wichtigen Akteure die Agenda drehen. Nach den Abstimmungen über die Steuer- und AHV-Vorlage sowie die EU-Waffenrichtlinie müssen wir den Fokus auf die SVP-Initiative richten.

Sie schlagen vor, dass sich die Politik der SVP-Agenda unterordnet?
Der SVP hilft, wer den wirksamen schweizerischen Lohnschutz schwächt. Noch vor einem Jahr hätte ich es für unvorstellbar gehalten, dass der Lohnschutz aus dem Bundeshaus heraus in Frage gestellt

wird. Der Lohnschutz war und bleibt die Basis für die Bilateralen. Wer die Verunsicherung weiterreibt, der hilft der SVP.

Die EU erhöhte den Druck, das Abkommen zu paraphieren.
Diesen Druck müssen wir aushalten. Natürlich können neue Probleme entstehen. Aber im Vergleich zum Brexit lassen sich unsere Probleme lösen. Die Schweiz unterhält funktionierende Verträge mit der EU. Die Schweiz startet aus keiner schlechten Position für Verhandlungen. Das würde sich ändern, wenn die Bevölkerung der SVP-Initiative zustimmt. Dann steht die Schweiz – wie heute Grossbritannien – mit dem Rücken zur Wand. Die Schweiz würde eine Brexit-Situation erleben.

Der Bundesrat hat die EU lange hingehalten. Ende 2017 eskalierte die Lage, die EU verzweifelte an der Börse. Wie hätte er sich dem Druck entziehen können?
Man kann den Lohnschutz doch nicht der Börsenanerkennung opfern! Lassen Sie mich aussholen: Vor der Volksabstimmung 2000 über die Bilateralen hat der Bundesrat eine umfassende Garantie des Lohnschutzes abgegeben. Darauf baute auch die roten Linien bei den Verhandlungen um ein Rahmenabkommen auf. Und trotzdem liegt nun ein Vorschlag vor, der den Lohnschutz schwächen will. Der Bundesrat konnte das Abkommen gar nicht paraphieren, ohne sein Versprechen zu brechen. Doch Staatssekretär Roberto Balzaretti macht mit seinem Propagandafeldzug zur Schwächung des Lohnschutzes einfach weiter. Das wird immer mehr auch zum Problem des Gesamtbundesrates, der in dieser zentralen Frage den

ihm unterstellten Staatssekretär einfach gewähren lässt.

Ist Roberto Balzaretti als Staatssekretär noch tragbar?
Die Situation heute ist einmalig. Als Jakob Kellenberger als Chefunterhändler in den Neunzigerjahren mit der EU verhandelte, zeigte er den nötigen Respekt nicht nur vor dem Bundesrat, sondern auch vor den Gewerkschaften und dem schweizerischen Arbeitsmarkt in hundert Jahren. Eine kleine Revolution! Er war sich dessen bewusst. Bei Balzaretti nichts von alledem. Gegen die roten Linien hat er gefolgt von den beiden FDP-Bundesräten Ignazio Cassis und Johann Schneider-Ammann den Angriff auf den Lohnschutz initiiert. Er ist deshalb die maximale Fehlbesetzung für diesen Job.

Ist die Situation noch zu retten?
Der Bundesrat muss erklären, dass zu nichts die innenpolitische Agenda Vorrang hat, dass der Lohnschutz garantiert werden muss. Dann ist die Ausgangslage nicht schlecht. Wichtige Impulse kamen in den letzten Jahren nicht aus dem Bundesrat, sondern aus dem Ständerat. Hier haben wichtige Akteure das Problem erkannt.

FDP-Ständerat Philipp Müller, der die MEI-Umsetzung mitgetragen hat, stimmt dem Rahmenabkommen zu. Er hat die Agenda von Economiesuisse übernommen.

Diese Aussage wird ihn treffen.
Dem Rahmenabkommen bedingungslos zustimmen, ist ein totes Ross reiten.

Ihre Position ist ambivalent: Sie sind für den bilateralen Weg, machen aber beim Lohnschutz keinen Wank.

Die Gewerkschaften haben sich immer proeuropäisch positioniert. Aber die Marktöffnung funktioniert nur mit sozialem Schutz. Beim Schutz der Löhne stellen sich die europäischen Gewerkschaften geschlossen hinter unsere Position. Überhaupt stärken die sozialen Kräfte in Europa zunehmend die Position der Schweiz. Das, was wir haben, wollen die Gewerkschaften in Europa auch.

Die Entwicklung in der EU spielt also für die Gewerkschaften?
Ja. Alles spricht dafür, dass wir uns beim Lohnschutz durchsetzen können. Der Bundesrat muss nur die Nerven behalten. Voraussetzung für einen Erfolg ist aber, dass die Zuständigen in der Schweiz nicht begünstigen, den Lohnschutz innenpolitisch anzugreifen.

Zur Person

Seit dem 2. Juni 1996 ist Paul Rechsteiner ohne Unterbruch Teil der Vereinigten Bundesversammlung. Zuerst sass er 25 Jahre lang im Nationalrat, seit acht Jahren politisiert er im Ständerat. Im Oktober will er ein drittes Mal antreten.

Dass der langjährige Gewerkschaftsboos im konservativen Kanton St. Gallen bei der Wahl in den Ständerat sogar den früheren SVP-Präsidenten Toni Brunner ausstach, spricht für seine Popularität über die Parteigrenzen hinaus. Rechsteiner ist 66 Jahre alt, verheiratet und praktiziert als Anwalt. (war)

Bundesräte beißen bei Gewerkschaften weiter auf Granit

EU-Deal Von «sozialpartnerschaftlicher und offener Atmosphäre» spricht Adrian Wüthrich, SP-Nationalrat und Präsident des Gewerkschaftsdachverbandes Travailssuisse. Giorgio Tuti, Präsident des Eisenbahnverbands SEV und Vize des Gewerkschaftsbundes, sagt: «Die Stimmung war nicht schlecht, wir konnten unsere Position darlegen.»

Das ist schon viel, denn bis vor kurzem herrschte in Sachen EU-Abkommen offener Krach zwischen Gewerkschaften und Bundesrat. Die gestrigen Hearings mit Aussemmister Ignazio Cassis (FDP) und Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP), an denen neben den Gewerkschaften auch Arbeitgeber und Gewerbeverband teilnahmen, gingen jedenfalls vergleichsweise gesittet über die Bühne. Aber inhaltlich liegen weiter die Welten zwischen den Akteuren: Die Sozialpartner, die dem Bundesrat ihre bekannten Positionen auseinandersetzen, haben weiter grosse Vorbehalte gegen das Rahmenabkommen, das der Aussemmister vorlegte.

«Der Teufel liegt im Detail»

«Der Lohnschutz darf keine Alibiübung werden», sagt Gewerbepräsident Jean-François Rime (SVP) nach dem Treffen. Das Rahmenabkommen sei eine grosse und komplizierte Herausforderung. Der Teufel liege im Detail. «Aus 1000 Metern Höhe betrachtet sieht es sehr gut aus. Aber je mehr man in die Tiefe geht, desto mehr Probleme tauchen auf.» Der Gewerbeverband will laut Rime am 25. April seine Haltung festlegen.

Die Gewerkschaften machten beim Treffen mit den Bundesräten erneut klar, dass sie beim Lohnschutz unter keinen Umständen nachgeben werden. «Wir werden wenn nötig nicht zögern, das Referendum zu ergreifen», betont Eisenbahnerchef Tuti. «In der Schweiz verdienen ausgebildete Handwerker im Mittel rund 6200 Franken. In Deutschland sind es 3700, in Polen 900 Franken.» Der Gewerkschafter warnt: «Ohne Lohnschutz droht selbst unseren gelerntem Fachkräften der Gang zur Sozialhilfe.»

Bild: Sandra Ardizzone (Birn, 26. April 2018)

Die EU sagt heute: Ohne Änderung zum Lohnschutz gibt es kein Abkommen.

Ja, aber die EU will das Rahmenabkommen, die Schweiz nicht unbedingt. Das verschafft uns eine starke Ausgangsposition. Der Austausch funktioniert! Wir sind stärker integriert als viele EU-Länder, in kein anderes Land werden so viele Dienstleister entsandt. Wenn wir dies als Position der Stärke erkennen, ohne jede Überheblichkeit, können wir Lösungen finden, die im Interesse der Schweiz sind. Aber dazu muss der Brexit vom Tisch sein.

Bedeutet das, das Rahmenabkommen, wie es vorliegt, ist to?
Der Weg, auf den sich CVP und SP geeinigt haben, erlaubt, die Dossiers zu vertiefen. Zum Vergleich: Bei der EWK-Abstimmung lagen uns mehrere Zentimeter dicke Bücher vor. Dasselbe bei den bilateralen Verträgen. Jetzt sind zentrale Fragen nicht beantwortet, etwa zur Streitbeilegung und zu den staatlichen Beihilfen. Aber wenn wir die Abstimmung über die Kündigungsinitiative nicht gewinnen, können wir alle diese Fragen gleich wieder vergessen.

Waren Sie erwarten Sie vom Bundesrat? Dass die Frauen mehr Nerven beweisen?
Sagen wir es so: Im Vergleich zum letzten Jahr kann es nur aufwärtsgehen. Was wird letztem Juni erlebt haben – und ich kann das nach 33 Jahren Erfahrung sagen – ist einmalig. Eine solche Desorientierung und Führungslosigkeit in einem zentralen Dossier habe ich noch nie beobachtet. Und der Bundesrat hat schon einige Krisen durchlebt.

Er habe im Hearing mit den Bundesräten und mit Staatssekretär Roberto Balzaretti klargemacht, so Tuti: «Wir sind zwar für ein geregeltes Verhältnis mit der EU, aber wir wollen auch geregelte Verhältnisse in der Schweiz.»

Der Arbeitgeberverband, vertreten namentlich durch Präsident Valentin Vogt, legte seine zuletzt ausformulierte Position vor: Ja zum Rahmenvertrag, sofern der Arbeitnehmer- und Lohnschutz durch Präzisierungen bei den flankierenden Massnahmen erhalten bleibt. Aber auch Arbeitgeberpräsident Vogt sprach nach dem Treffen gegenüber Medienleuten von einem guten Gesprächsklima, das gegenseitige Verständnis habe gefördert werden können.

Kurzum, etwas Eis ist geschmolzen gestern, aber nach wie vor ist kein generelles Tauwetter in Sicht. Der Bundesrat hörte wie bereits beim Treffen am Montag mit den Parteipartnern mehrheitlich zu und nahm die Anliegen der angehörten Gruppen entgegen. Wohin die Regierung inhaltlich will, ist weiterhin unklar. Der Bundesrat will jetzt auch noch die Kantone anhören. Bis im Juni, so heisst es, will er eine Auslegungsvorschläge. «Was ab Juli kommt, ist Spekulation», sagte Aussemmister Cassis gestern am Hearing. (hwy)

«Der Lohnschutz darf keine Alibiübung werden.»

François Rime
Gewerbepräsident (SVP)

Mit ihrer Gesprächsverweigerung zum Rahmenabkommen haben Sie zu einer Eskalation beigetragen.

Nein. Es hat durchaus Gespräche gegeben – stundenlang! Die beiden FDP-Bundesräte haben einfach nicht verstanden, dass für uns die rote Linie gilt, dass wir nicht bereit sind, den Lohnschutz herunterzufahren.

Schneider-Ammann und Cassis sagten, sie wollten das Lohnniveau halten und über Massnahmen reden.

Das waren schöne Worte. Die Wahrheit war und ist, dass der Lohnschutz nach den Wünschen der EU-Kommission heruntergefahren werden sollte. Und das müssten die Gewerkschaften mit dem Referendum bekämpfen. Die Parteien sind verunsichert, weil viele Medien die Kampagne für das Rahmenabkommen führen. Dem können sich die Parteien schwer entziehen.

Die Parteien stimmen dem Rahmenabkommen aus PR-Gründen zu?
Die GLP hat eine Nische gefunden, auch nicht gewinnend, können wir alle diese Fragen gleich wieder vergessen.

Waren Sie überrascht, dass Christian Levrat in einen konstruktiven Modus wechselte?

Inhaltlich hat sich nicht viel verändert: Ja zu Europa, Ja zum Lohnschutz. Das entspricht der Position des Gewerkschaftsbunds.

Levrat kommuniziert anders als noch vor ein paar Monaten.
Als Präsident muss er auch den Laden zusammenhalten.